

Rahmenvertrag Sicherheitsanalysen

Vertragsnummer: folgt mit Zuschlagserteilung

gematik GmbH
Rosenthaler Straße 30
D-10178 Berlin

vertreten durch die Geschäftsführer Dr. Florian Fuhrmann (Vorsitz), Brenya Adjei, Dr.
Florian Hartge

– nachfolgend: "gematik" oder "Auftraggeber" –

und

[Firmierung des Auftragnehmers]

[Straße und Hausnummer]

[PLZ]

vertreten durch [den/die Geschäftsführer ...]

– nachfolgend: "Auftragnehmer"

- Auftraggeber und Auftragnehmer nachfolgend jeweils "Partei" –
 - sowie zusammengekommen "die Parteien" –

Präambel

- A. Die gematik ist die Nationale Agentur für Digitale Medizin. Sie kontrolliert als Betreibergesellschaft die Telematikinfrastruktur („**TI**“) als sichere und verbindende, sektorenübergreifende und interoperable nationale digitale Plattform der Akteure und Anwendungen. Dabei definiert und überprüft sie die Standards an Sicherheit, Datenschutz und Konzepten. Sie ist verantwortlich dafür, dass das digitale Netz im deutschen Gesundheitswesen funktioniert, und darüber hinaus Ansprechpartner auf internationaler Ebene für europäische Nachbarn, wenn es um grenzüberschreitende Versorgung geht. Ferner bildet die gematik das Kompetenzzentrum und die Koordinierungsstelle für Standardisierung im Gesundheitswesen. Als Forum für Zukunftskonzepte der digitalen Medizin, europäischer Partner und Moderator für nationale Zusammenarbeit will sie die Zukunft der Digitalisierung gemeinsam mit allen Akteuren führend gestalten.
- B. Der gesetzliche Auftrag der gematik ist im Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) ab §§ 306 ff., insbesondere in § 306, § 310 und § 311, festgelegt. Dieser gesetzliche Auftrag umfasst die Schaffung und den Aufbau, sowie den Betrieb und die Weiterentwicklung der TI im Gesundheitswesen, der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) sowie zugehöriger Fachanwendungen für die Datenkommunikation zwischen Leistungserbringern (LE), Krankenhäusern, Krankenkassen und Versicherten.

Inhalt

Präambel	2
1 Inhalt der Leistung	4
1.1 Vertragsgegenstand	4
1.1.1 Allgemein	4
1.2 Einzelabruf aus diesem Rahmenvertrag	4
1.3 Nutzungsrechte	5
1.4 Vergütung	6
1.5 Leistungszeitpunkte und Verzug	7
2 Freigaben und Abnahmen	8
3 Anforderungen an die Mitarbeiter des Auftragnehmers.....	9
4 Leistungssicherung	10
5 Gewährleistung	10
6 Schutzrechte Dritter.....	11
7 Unterauftragnehmer	12
8 Datenschutz und Datensicherheit.....	12
9 Geheimhaltung.....	12
10 Änderung der Leistung (Change Management)	13
11 Laufzeit des Vertrages.....	14
12 Kündigung	15
13 Abwerbeverbot.....	16
14 Allgemeine Bedingungen	17
15 Sonstiges.....	17
16 Anlagen	18

1 Inhalt der Leistung

1.1 Vertragsgegenstand

1.1.1 Allgemein

- (1) Der AN übernimmt für den Auftraggeber die in der Leistungsbeschreibung inkl. Anhängen (Anlage 1) sowie in seinem jeweiligen Angebot (Anlage 3), soweit dieses im geforderten Umfang die vertraglichen Vorgaben konkretisiert, aufgeführten Leistungen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Leistung allein im Interesse des Auftraggebers und unabhängig von anderen, ggf. mit dem jeweiligen Einzelauftrag verknüpften, marktstrategischen (eigenen oder Dritt-) Interessen zu erbringen.
- (2) Der AN ist insbesondere verpflichtet, seine Leistungen nach den Vorgaben der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) samt Anhängen zu erbringen und die Ergebnisse in dem in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) sowie im Einzelabruf nach Ziffer 1.2 geforderten Umfang und Art darzustellen und dem AG bereitzustellen.
- (3) Als Gegenleistung wird der AG dem AN die für den jeweiligen Einzelabruf vereinbarte Vergütung (siehe Ziffer 1.4) zahlen.
- (4) Der AG ist während der Vertragslaufzeit berechtigt, Leistungen nach Ziffer 1.2 über einen Einzelabruf beim AN zu beauftragen. Es besteht keine Abrufverpflichtung.
- (5) Der AN wird die im Rahmen des Vergabeverfahrens nachzuweisende Haftpflichtversicherung in der geforderten Höhe über die gesamte Vertragslaufzeit aufrechterhalten und auf Anfrage des AG einen entsprechenden Nachweis erbringen.
- (5) Der Höchstwert des Rahmenvertrages beträgt für die Vertragslaufzeit gem. Ziff. 11 Abs. 1 S. 1 dieses Rahmenvertrages 2.497.000 EUR. Die Leistungen aus diesem Rahmenvertrag können nur bis zum Erreichen des jeweiligen Höchstwertes abgerufen werden.

1.2 Einzelabruf aus diesem Rahmenvertrag

- (1) Eine Abrufverpflichtung des AG besteht nicht. Der AN ist im Falle eines Abrufs zur Ausführung der Leistung verpflichtet. Für Einzelabrufe gelten die Vorgaben dieses Vertrages inklusive sämtlicher Anlagen sowie die Vorgaben des AG bzgl. des jeweiligen Einzelabrufes.

- (2) Höchstmenge: Aus diesem Rahmenvertrag können

☒ Leistungen des Auftragnehmers höchstens im Wert von EUR 2.497.000

abgerufen werden (vgl. Ziffer 1.1.1 Abs. 5 und Ziff. 11 Abs. 2 – Auflösende Bedingung).

- (3) Die Rahmenvereinbarung ist ausdrücklich nicht exklusiv, d. h. der Auftraggeber ist auch berechtigt, Dritte mit der vertragsgegenständlichen Leistung zu beauftragen.
- (4) Der jeweilige Einzelabruf wird vom Auftraggeber mit einer Kurzbeschreibung des Arbeitspakets angekündigt und zusammen mit dem Auftragnehmer im Vorbereitungsgespräch hinsichtlich
 - a) Ziele und Scope der Sicherheitsanalyse,
 - b) Aufgaben und Bereitstellungen des AN
 - c) Leistungsumfang (Starttermin, Dauer und Ende)konkretisiert.
- (5) Der Auftragnehmer benennt den/die nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung für die Ausführung einzusetzenden Personen und deren jeweiligen Qualifikationen (sofern nicht bereits im Vorfeld bekannt gegeben) sowie die erforderlichen Aufwände in Stunden und Preise.
- (6) Im Anschluss erfolgt nach Prüfung der Aufwands- und Preisschätzung der verbindliche Einzelabruf durch den Auftraggeber. Der Auftragnehmer stellt den Leistungsbeginn zum abgestimmten Zeitpunkt sicher.
- (7) Der Auftragnehmer setzt die im Angebot des Einzelabrufs benannten Personen für die Leistungserbringung ein.
- (8) Zum Abschluss jedes Einzelabrufs belegt der Auftragnehmer die Aufgabenerfüllung und die erreichten Ergebnisse in einer Ergebnisdokumentation nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung.

1.3 Nutzungsrechte

- (1) Arbeitsergebnisse sind die Resultate, die bei der Durchführung dieses Vertrages entstehen (einschließlich etwaiger eigens für die Sicherheitsanalyse vom AN entwickelter Tools gemäß Leistungsbeschreibung). Es sind insbesondere schriftlich bzw. elektronisch und bildlich fixiertes Know-how, Methoden, Konzepte, Planungsunterlagen, Berichte, Auswertungen und sonstige Materialien, die der Auftragnehmer im Rahmen der Vertragsdurchführung für den Auftraggeber erstellt, einschließlich zugehöriger Dokumentation sowie alle daran bestehenden Schutzrechte Geistigen Eigentums.
- (2) Know-how bezeichnet in diesem Zusammenhang die Gesamtheit nicht patentierbarer praktischer Kenntnisse, die durch Erfahrungen und Versuche gewonnen werden und die geheim (d. h. nicht allgemein bekannt und nicht leicht zugänglich), wesentlich (d. h. für den Vertragsgegenstand von Bedeutung und nützlich) und identifiziert (d. h. umfassend genug beschrieben) sind, so dass geprüft werden kann, ob sie die Merkmale „geheim“ und „wesentlich“ erfüllen.

- (3) Der AN räumt dem AG bereits mit Abschluss dieser Rahmenvereinbarung unter anderem an Ergebnisberichten und Ergebnispräsentationen sowie für alle übrigen Arbeitsergebnisse sämtliche, (insbesondere zur Erfüllung des Vertragszwecks erforderlichen) Nutzungsrechte – wie folgt ein:
- zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkt
 - unwiderruflich und unkündbar
 - ausschließlich (vom § 31 Abs. 3 S. 2 UrhG wird Gebrauch gemacht; dem Auftragnehmer wird insofern ein einfaches Nutzungsrecht eingeräumt)
 - für gewerbliche und nicht-gewerbliche Zwecke unterlizenzierbar
 - übertragbar
- Das beinhaltet auch die Pflicht des Auftragnehmers sicherzustellen, dass sämtliche Rechteeinräumungen seitens beteiligter Dritter im selben Umfang wie oben genannt erfolgen. Zwischen den Parteien besteht Einigkeit darüber, dass etwaig vorbestehende Produkte der AN, die von ihm in die Arbeitsergebnisse eingebracht werden, nicht von den vorstehend benannten Nutzungsrechten umfasst sind, sofern dadurch die vertrags- und bestimmungsgemäße Nutzung der Arbeitsergebnisse durch den AG nicht eingeschränkt wird.
- (4) Die beschränkt auf die ordnungsgemäße Erfüllung dieses Vertrages erforderlichen Nutzungsrechte des AN bleiben unberührt bzw. werden seitens des AG eingeräumt.
- (5) Der Auftraggeber kann darüber hinaus jederzeit ohne Angaben von Gründen die unverzügliche Herausgabe der jeweils bereits entstandenen Arbeitsergebnisse verlangen. Der Auftraggeber wird dieses Recht nicht unbillig ausüben.

1.4 Vergütung

- (1) Die gematik vergütet den jeweiligen AN für sämtliche von ihm unter diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen, einschließlich der aufgrund dieses Vertrages eingeräumten Nutzungsrechte, gemäß der für den jeweiligen Einzelabruf nach Ziffer 1.2 vereinbarten zeitaufwandsbezogene Vergütung in Stunden mit einer Abrechnungseinheit von 15 min.
- (2) Leistungen über die in Ziffer 1.2. (2) genannten Höchstmengen hinaus werden nicht vergütet.

- (3) Die Vergütung wird nach der in Textform erteilten Freigabe der Leistungen 30 Tage nach Rechnungsstellung durch den jeweiligen AN fällig. Hierfür ist der vom AN unterzeichnete Tätigkeitsnachweis vorab zur Prüfung sowie mit der Rechnung als Anlage beizufügen.
- (4) Die gematik akzeptiert Rechnungen ausschließlich in elektronischer Form im Sinne der E-Rechnungs-Verordnung (E-Rech-VO). Die Einzelheiten zur Rechnungsstellung ergeben sich aus Anlage 6. Sofern der AG gegen Grund und Höhe einer Rechnung keine Einwendungen erhebt, ist die Rechnung binnen 30 Kalendertagen nach Zugang bei dem AG auf ein vom AN zu benennendes Konto in der EU fällig.

1.5 Leistungszeitpunkte und Verzug

- (1) Die für die Leistungserbringung relevanten Termine sind in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) des jeweiligen AN über einen Einzelabruf vereinbart. Soweit nicht anders schriftlich oder in Textform vereinbart, sind diese Leistungszeitpunkte verbindlich einzuhalten. Bei Verzögerungen, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, verschieben sich die von der Verzögerung betroffenen Fristen angemessen. Die gesetzlichen Ansprüche der Parteien bleiben hiervon unberührt.
- (2) Der Auftragnehmer hat grundsätzlich keinen Anspruch auf Verlängerung vereinbarter Ausführungsfristen. Der Auftragnehmer ist nur dann berechtigt, die Verlängerung einer Ausführungsfrist zu verlangen, wenn und soweit die Ausführung verzögert wird durch:
 - a) eine dem Auftraggeber zuzurechnende Verzögerung bei einer Mitwirkungspflicht, sofern der Auftragnehmer die im Übrigen vertragskonforme Erfüllung seiner Leistung nachweist, auf welche die verzögerte Mitwirkungspflicht des Auftraggebers wirkt oder
 - b) höhere Gewalt.
- (3) Besteht ein Anspruch des Auftragnehmers auf Verlängerung der Ausführungsfristen, verschieben sich diese in angemessenem Umfang unter Berücksichtigung des vom Auftraggeber zu vertretendem Umstand.
- (4) Erkennt der Auftragnehmer, dass er vereinbarte Ausführungsfristen nicht einhalten kann, hat er dem Auftraggeber unverzüglich die Gründe, die von ihm vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen und die voraussichtliche Dauer der Verzögerung mitzuteilen. Eine zu erwartende Duldung des Leistungsverzugs durch den Auftraggeber wird durch das Vorstehende nicht impliziert.
- (5) Der AG hat das Recht, unter Darlegung seiner Bedenken hinsichtlich der Einhaltung des jeweiligen Leistungszeitpunktes den AN aufzufordern, die Einhaltung des jeweiligen Leistungszeitpunktes mit Blick auf die Bedenken zu erläutern und zu konkretisieren.
- (6) Wenn der Auftragnehmer einen vereinbarten Leistungszeitpunkt nicht einhält, kommt er ohne Mahnung in Verzug, es sei denn, er hat die Verzögerung nicht zu vertreten. Im Falle des Verzuges kann der Auftraggeber die gesetzlich geregelten

Ansprüche (insb. Ersatz des Verzögerungsschadens, Rücktritt vom Vertrag, Schadensersatz statt der Leistung etc.) geltend machen.

2 Freigaben und Abnahmen

- (1) Der AN hat die in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) vereinbarten Leistungen jeweils vereinbarungsgemäß zu übergeben. Der AG wird jeweils eine Freigabe der Leistungen erteilen bzw. nach vollständiger Leistungserbringung im jeweiligen Einzelabruf die Abnahme erteilen, sofern die Leistungen des Auftragnehmers jeweils den Anforderungen der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) sowie der mit dem Abruf vereinbarten Anforderungen entsprechen.
- (2) Die Freigabe und die Abnahme der Leistungen erfolgen durch eine entsprechende Freigabe- bzw. Abnahmeerklärung, die jeweils mindestens mittels fortgeschrittener elektronischer Signatur gezeichnet wird, und erst dann, wenn der Auftraggeber festgestellt hat, dass die gemäß Leistungsbeschreibung (Anlage 1) vereinbarten Leistungen vollständig und vertragsgemäß erbracht, und die jeweilige Leistung ohne wesentliche Mängel ist.
- (3) Soweit nicht anders vereinbart, steht dem AG das Recht zu, die Leistungen innerhalb von 10 (zehn) Arbeitstagen nach der Bereitstellung zur jeweiligen Abnahme auf Mängelfreiheit zu prüfen, etwaige Mängel zu rügen und ggf. eine Nachbesserung der Leistungen zu fordern. Der AN wird den Auftraggeber bei der Durchführung jeder Mängelfreiheitsprüfung in angemessenem Umfang unterstützen. Im Falle einer Mängelrüge durch den Auftraggeber gilt die Leistung bis zur Behebung des Mangels als nicht abgenommen, auch wenn eine Zahlung einer Vergütung durch den AG erfolgt.
- (4) Verweigert der AG die jeweilige Freigabe bzw. die Abnahme, so hat er dem AN die Gründe hierfür in Textform mitzuteilen und – soweit möglich – die für eine Freigabe bzw. die Abnahme notwendigen Nachbesserungen zu nennen. Weitere Mängelrechte bleiben hiervon unberührt.
- (5) Nachbesserungen müssen innerhalb einer vom AG gesetzten angemessenen Frist ab Mitteilung über die Verweigerung der Freigabe bzw. der Abnahme erfolgen. Im Anschluss daran wird der AG das Freigabe- bzw. Abnahmeverfahren wiederholen. Kann die Freigabe bzw. die Abnahme auch nach einem zweiten Nachbesserungsversuch nicht erteilt werden, hat der AG nach Wahl das Recht, entweder den Mangel selbst zu beseitigen und den Ersatz der erforderlichen Aufwendungen zu verlangen oder aber den Rücktritt zu erklären und Schadensersatz zu verlangen. Weitere gesetzliche Rechte bleiben unberührt.
- (6) Eine konkludente Freigabe bzw. Abnahme allein durch die Benutzung der Leistungen durch den AG oder Dritte ist ausgeschlossen. Schweigen gilt ebenfalls nicht als Freigabe bzw. Abnahme. Die Leistung gilt jedoch als freigegeben bzw. abgenommen, wenn der AN dem AG eine angemessene Frist zur jeweiligen Freigabe bzw. Abnahme gesetzt hat und der AG die jeweilige Freigabe bzw. Abnahme nicht innerhalb dieser Frist unter Angabe mindestens eines Mangels verweigert hat.
- (7) Kann der Auftragnehmer die vertraglichen Leistungen zum jeweils vereinbarten Termin nicht freigabe- bzw. abnahmefähig übergeben, kommt er in Verzug, soweit er die Verzögerung zu vertreten hat.

3 Anforderungen an die Mitarbeiter des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, aus geeigneten und entsprechend qualifizierten Mitarbeitern eine geeignete Projektorganisation aufzubauen und diese für die Dauer der Leistungserbringung nach Möglichkeit aufrechtzuerhalten. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich über die Notwendigkeit eines Austauschs der benannten Ansprechpartner informieren, und unaufgefordert den Nachweis über mindestens dieselbe Eignung der neuen Ansprechpartner erbringen.
- (2) Die von dem Auftragnehmer zur Vertragserfüllung eingesetzten Mitarbeiter sind seine Erfüllungsgehilfen. Eine Eingliederung dieser Mitarbeiter in das Betriebsgefüge des Auftraggebers findet nicht statt. Das bedeutet auch, dass ausschließlich der Auftragnehmer die zur Vertragserfüllung vorgesehenen Mitarbeiter selbst auswählt, ihnen alle nötigen Weisungen erteilt und ihre Tätigkeiten überwacht.
- (3) Die Analysten, deren Profile entsprechend der Bewertungsmatrix bereitgestellt werden bzw. die bei einem Austausch vom AN akkreditierten Personen, müssen auch diejenigen sein, die die tatsächlichen Analysen durchführen.
- (4) Die von dem Auftragnehmer zur Erfüllung der Leistung eingesetzten Mitarbeiter müssen jeweils die zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen besitzen. Sofern ein zur Vertragserfüllung eingesetzter Mitarbeiter des Auftragnehmers, aus welchen Gründen auch immer, durch einen anderen ersetzt werden muss, muss dieser Mitarbeiter über mindestens dieselbe Eignung verfügen, wie der ursprüngliche Mitarbeiter. Der geplante Personalwechsel ist vorab bzw. bei Unvorhersehbarkeit unverzüglich gegenüber dem Auftraggeber anzuzeigen. Der Einsatz des ausgetauschten Personals setzt eine Akkreditierung durch den AN voraus. Dabei wird die fachliche Kompetenz und Eignung nach dem Profil der Bewertungsmatrix zum Vertragsbeginn vom AN zur Sicherstellung von Qualifikation, Sicherheit und Compliance formell bestätigt. Die Einarbeitung des neuen Mitarbeiters geht zu Lasten des Auftragnehmers. Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer mit Begründung in Textform den unverzüglichen Austausch eines Mitarbeiters des Auftragnehmers zu verlangen, wenn dieser wiederholt gegen vertragliche Pflichten des Auftragnehmers aus diesem Vertrag verstoßen hat. Die durch den Wechsel entstehenden Kosten trägt der Auftragnehmer.
- (5) Eine Arbeitnehmerüberlassung des jeweiligen Auftragnehmers und/oder Dritter an den Auftraggeber bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.
- (6) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für Abstimmungen mit dem Auftraggeber in der Zeit von Montag bis Freitag zwischen 09:00 und 17:00 Uhr (Feiertage ausgenommen) zur Verfügung zu stehen. Abstimmungen finden in dieser Zeit nach vorheriger Terminierung durch die Parteien statt.
- (7) Die Leistungserbringung hat ausschließlich in deutscher Sprache zu erfolgen. Die Nutzung gängiger englischer Fachbegriffe ist jedoch zulässig.

4 Leistungssicherung

- (1) Der Auftragnehmer haftet im Falle von Arglist, Vorsatz und grober Fahrlässigkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Für leichte Fahrlässigkeit haftet er bis zur Höhe des 2-fachen des Auftragswertes des jeweiligen Einzelabrufes. Auftraggeber und Auftragnehmer können davon abweichende Haftungsbeschränkungen für den Fall der leicht fahrlässigen Pflichtverletzung im Einzelfall (d. h., je Einzelabruf) und in Ansehung der jeweiligen spezifischen Anforderungen vereinbaren. Bei Verlust von Daten haftet der Auftragnehmer nur für denjenigen Aufwand, der bei ordnungsgemäßer und regelmäßiger Datensicherung durch den Auftraggeber für die Wiederherstellung der Daten erforderlich gewesen wäre. Die Beschränkung gilt nicht, wenn und soweit die Datensicherung Bestandteil der vom jeweiligen Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ist.
- (2) Schadensersatzansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz und für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit bleiben durch die vorstehenden Haftungsbeschränkungen unberührt.
- (3) Die vorstehenden Regelungen gelten auch zugunsten der Erfüllungsgehilfen des jeweiligen Auftragnehmers.
- (4) Erfüllt der Auftragnehmer seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder nicht ordnungsgemäß, so kann der Auftraggeber unbeschadet sonstiger gesetzlicher und vertraglicher Ansprüche einmalig in Textform eine angemessene Frist zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen setzen. Kommt der Auftragnehmer den Pflichten innerhalb dieser Frist nicht nach, so ist der Auftraggeber berechtigt, die Leistungen auf Kosten des Auftragnehmers selbst durchzuführen oder durch einen Dritten durchführen zu lassen. Das gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat. In einem solchen Fall hat er den Auftraggeber unverzüglich zu informieren.

5 Gewährleistung

- (1) Sämtliche Leistungen sind während der Vertragslaufzeit des Vertrages vom Auftragnehmer sach- und fachgerecht sowie vertragsgemäß zu erbringen.
- (2) Die Verjährungsfrist für Sach- und Rechtsmängelansprüche beträgt grundsätzlich 24 (vierundzwanzig) Monate ab der Erklärung der Abnahme. Abweichend davon verjähren etwaige Ansprüche in der regelmäßigen Verjährungszeit, wenn der Auftragnehmer Mängel arglistig verschwiegen hat. Die Verjährungsfrist endet in diesen Fällen jedoch nicht vor Ablauf der Frist gem. Satz 1.
- (3) Der Auftraggeber hat im Falle eines Mangels einen Anspruch auf die gesetzlich vorgesehenen werkvertraglichen Gewährleistungsrechte (insb. Nacherfüllung, Recht zur Selbstvornahme, Rücktritt, Minderung, Schadensersatz statt der Leistung, Ersatz vergeblicher Aufwendungen). Bei unerheblichen Fehlern oder Abweichungen ist ein Rücktritt vom Vertrag jedoch ausgeschlossen.

6 Schutzrechte Dritter

- (1) Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass die von ihm erbrachten Leistungen frei von Schutzrechten Dritter (d. h. insbesondere: Patente, Urheberrechte, Marken, Geschäftsgeheimnisse und/oder vergleichbare Rechte) sind, die die vertragsgemäße Nutzung des jeweiligen Leistungsgegenstands ausschließen oder einschränken könnten. Wird die vertragsgemäße Nutzung durch geltend gemachte Schutzrechtsverletzungen beeinträchtigt oder untersagt, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, nach seiner Wahl
 - a) den jeweiligen Leistungsgegenstand in einer Weise zu ändern oder zu ersetzen, dass seine vertragsgemäße Nutzung keine Schutzrechte Dritter verletzt, der Leistungsgegenstand aber gleichwohl der Leistungsbeschreibung (Anlage 1) entspricht, oder
 - b) auf eigene Kosten und auf eigene Rechnung die entsprechenden Rechte zu erwerben und dem Auftraggeber kostenlos einzuräumen, damit der Auftraggeber die Leistung des Auftragnehmers uneingeschränkt und ohne zusätzliche Kosten für den Auftraggeber vertragsgemäß nutzen kann.
- (2) Sofern dem Auftragnehmer die Nacherfüllung gem. Abs. 1 unmöglich oder nur zu unverhältnismäßigen Bedingungen möglich ist, kann er die betroffenen Leistungen gegen Erstattung der entrichteten Vergütung zurücknehmen. Dabei hat er dem Auftraggeber eine angemessene Auslauffrist zu gewähren, sofern das nicht nur zu unzumutbaren rechtlichen oder sonstigen Bedingungen möglich ist. Die sonstigen Ansprüche des Auftraggebers, bspw. auf Rücktritt, Minderung und Schadensersatz, bleiben unberührt.
- (3) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von allen Ansprüchen Dritter frei, die auf eine behauptete Schutzrechtsverletzung gestützt sind. Der Auftraggeber wird die behauptete Schutzrechtsverletzung nicht anerkennen und jegliche Auseinandersetzung einschließlich etwaiger außergerichtlicher Regelungen entweder dem Auftragnehmer überlassen oder nur im Einvernehmen mit ihm führen. Der Auftragnehmer ist insbesondere verpflichtet, alle Rechtsstreitigkeiten, die sich aus diesen Ansprüchen ergeben, in Abstimmung mit dem Auftraggeber und auf eigene Kosten zu führen. Soweit dem Auftraggeber aus Rechtsgründen die geeigneten Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben bzw. bleiben müssen, erstattet der Auftragnehmer ihm die notwendigen Verteidigungskosten und sonstige in diesem Zusammenhang entstehende Schäden. Der Auftraggeber hat in diesem Fall Anspruch auf einen Vorschuss in Höhe der geschätzten Verteidigungskosten.
- (4) Die Parteien sind einander verpflichtet, sich umgehend zu benachrichtigen, wenn gegen sie Ansprüche wegen der Verletzung von Schutzrechten durch die vertragsgemäße Nutzung des Leistungsgegenstands geltend gemacht werden, sofern ihnen das nicht aufgrund entgegenstehender gesetzlicher Vorgaben untersagt ist.
- (5) Hat der Auftraggeber die Schutzrechtsverletzung selbst zu vertreten, sind Ansprüche gegen den Auftragnehmer ausgeschlossen.

7 Unterauftragnehmer

- (1) Eine Beauftragung Dritter als Unterauftragnehmer ist grundsätzlich ausgeschlossen. Das gilt nicht für die vom Auftragnehmer bereits vor Vertragsschluss (d. h. im zugrundeliegenden Vergabeverfahren) benannten Unterauftragnehmer. Soweit der Auftragnehmer Teilleistungen durch Dritte erbringen lässt, bedarf das – ebenso wie ein etwaiger Wechsel eines Unterauftragnehmers – der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers in Textform. Der Auftraggeber wird die Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern.
- (2) Sofern der Auftraggeber dem Einsatz von Unterauftragnehmern gemäß Absatz 1 zugestimmt hat, gelten die Regelungen dieses Vertrages entsprechend auch für den Dritten. Die eingeschalteten Dritten sind Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers.

8 Datenschutz und Datensicherheit

- (1) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass er selbst, seine Mitarbeiter und etwaige vom Auftraggeber zugelassene Unterauftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung alle anwendbaren Datenschutzgesetze beachten. Im Einzelfall stimmt sich der Auftragnehmer hierzu mit einem vom Auftraggeber auf Anfrage benannten Ansprechpartner ab. Sofern erforderlich, schließen die Parteien gesonderte Vereinbarungen zur Auftragsdatenverarbeitung auf Basis der vom AG vorgegebenen Anlage 6.
- (2) Der Auftragnehmer wird angemessene technische und organisatorische Maßnahmen zur Sicherung der Vollständigkeit und Integrität aller Daten des Auftraggebers ergreifen, mit denen der Auftragnehmer im Rahmen der Durchführung des Projekts in Berührung kommt. Das gilt insbesondere
 - a) für Daten, die (etwa Beispieldaten) in das IT-System des Auftragnehmers gelangen und umfasst unter anderem die Einrichtung und Erhaltung dem aktuellen technischen Stand entsprechender Firewalls und Virenschutzprogramme, und
 - b) für alle Daten, die im Rahmen der Leistungserbringung migriert werden.
- (3) Der Auftraggeber kann ganz oder teilweise vom Vertrag zurücktreten, wenn der Auftragnehmer seine Pflichten nach Abs. 1 und 2 schuldhaft innerhalb einer gesetzten angemessenen Frist nicht nachkommt oder für ihn einschlägige Datenschutzvorschriften vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt.

9 Geheimhaltung

- (1) Der Auftragnehmer wird sämtliche im Zusammenhang mit diesem Vertrag zugänglich werdenden Informationen, die als vertraulich bezeichnet werden oder nach sonstigen Umständen als Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse des

Auftraggebers offensichtlich erkennbar sind, während der Vertragslaufzeit sowie 7 (sieben) Jahre nach Vertragsbeendigung geheim halten und sie – soweit nicht zur Erreichung des Vertragszwecks geboten – weder aufzeichnen noch weitergeben oder verwerten. Er wird durch geeignete vertragliche Abreden mit den für ihn tätigen Arbeitnehmern und sonstigen Dritten sicherstellen, dass auch diese für den benannten Zeitraum jede eigene Verwertung oder unbefugte Aufzeichnung solcher vertraulichen Informationen und Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse unterlassen.

- (2) Vertrauliche Informationen sind alle personenbezogenen Daten sowie alle dem Auftragnehmer bekannt gewordenen Daten, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Auftraggebers in technischer, kaufmännischer oder sonstiger Hinsicht, Gremienunterlagen oder sonstige Umstände und Tatsachen, die als vertraulich bezeichnet werden oder an deren Vertraulichkeit der Auftraggeber ersichtlich ein Interesse hat. Von den Verpflichtungen zur Geheimhaltung gem. Abs. 1 ausgenommen sind Informationen, die
 - a) die empfangende Partei ohne Verpflichtung zur Vertraulichkeit bereits besitzt,
 - b) von der empfangenden Partei nachweislich unabhängig von der anderen Partei selbst entwickelt wurden,
 - c) der empfangenden Partei ohne Verpflichtung zur Vertraulichkeit nachweislich von Dritten übermittelt wurden,
 - d) nachweislich von Dritten öffentlich zugänglich gemacht werden oder
 - e) hinsichtlich derer die empfangende Partei aufgrund zwingender rechtlicher Vorschriften oder gerichtlicher bzw. behördlicher Anordnungen einer Offenlegungspflicht unterliegen.
- (3) Sofern der Auftragnehmer vertrauliche Informationen im Rahmen der in e) genannten Ausnahme offenlegen muss, hat er den Auftraggeber unverzüglich mindestens in Textform über das Erfordernis der Offenlegung sowie die daraufhin beabsichtigten Maßnahmen vor deren Durchführung zu informieren, sofern ihm das nicht aufgrund zwingender gesetzlicher Vorgaben untersagt ist. Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass die vertraulichen Informationen nur in dem Ausmaß offengelegt werden, wie es nach juristischer Beratung nach den jeweils einschlägigen gesetzlichen Vorschriften unumgänglich ist. Derart offengelegte Informationen müssen als „vertraulich“ gekennzeichnet sein.
- (4) Der Auftraggeber unterliegt hinsichtlich vertraulicher Informationen des Auftragnehmers ebenfalls den vorbenannten Geheimhaltungspflichten, allerdings nur sofern und soweit dadurch die vertrags- und bestimmungsgemäße Nutzung der Leistungsgegenstände nicht beeinträchtigt wird. Damit sind insbesondere die Leistungsgegenstände, für die der jeweilige Auftragnehmer dem Auftraggeber Nutzungsrechte nach § 1.3 des Vertrages einräumt, von der Geheimhaltungspflicht ausgenommen.

10 Änderung der Leistung (Change Management)

- (1) Der Auftraggeber ist berechtigt, vom Auftragnehmer jederzeit Änderungen an dem Leistungsumfang zu verlangen (eine derartige Änderung wird nachfolgend auch

als "Change" und ein derartiges Verlangen des Auftraggebers als "Änderungsverlangen" oder "Change Request" bezeichnet). Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, derartige Änderungsverlangen zu begründen.

- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für jedes Änderungsverlangen des Auftraggebers ein kostenlos unterbreitetes Realisierungsangebot zu erstellen.
- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Durchführung von Change Requests des Auftraggebers ohne zusätzliche Kosten für den Auftraggeber anzubieten, es sei denn, dass die Umsetzung eines Change Requests im Vergleich zur Umsetzung des vereinbarten Leistungsumfangs einen Mehraufwand verursacht. Bei der Bepreisung eines etwaigen durch die Durchführung des Change Requests (im Vergleich zu dem vereinbarten Leistungsumfang) entstehenden Mehraufwandes hat der Auftragnehmer die zwischen den Parteien getroffenen Vergütungsvereinbarungen (Tagessätze, Stundensätze) zugrunde zu legen.
- (4) Der Auftraggeber ist berechtigt, nach freiem Ermessen in angemessener Zeit über die Annahme oder Ablehnung eines Realisierungsangebots zu entscheiden.
- (5) Wird ein Change vereinbart, wird er mit der schriftlichen Einigung der Parteien auf seinen Inhalt Teil dieses Vertrages. Die Einzelheiten der Änderungen werden gegebenenfalls in Nachträgen zur Leistungsbeschreibung (Anlage 2) und deren Anlagen geregelt.
- (6) Wird ein Change abgelehnt, haben beide Parteien ihre Verpflichtungen gemäß diesem Vertrag unverändert zu erfüllen, ohne dass eine Anpassung der Vergütung stattfindet.

11 Laufzeit des Vertrages

- (1) Dieser Vertrag tritt mit Zuschlagserteilung in Kraft und endet, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf nach 3 (drei) Jahren. Der Auftraggeber hat das Recht, diesen Vertrag mit einer Frist von drei (3) Monaten vor Ablauf der Erstlaufzeit für ein (1) Jahr zu verlängern.
- (2) Unabhängig von der in Abs. 1 geregelten Laufzeit hat der Auftraggeber in Ansehung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs das Recht, diesen Rahmenvertrag fristlos zu kündigen, sobald der Wert der getätigten Einzelabrufe die in Ziffer 1.2 (3) genannten Höchstwert erreicht hat. Unabhängig von einer auftraggeberseitigen Kündigung des Rahmenvertrages nach Satz 1 ist der Auftraggeber bei Erreichen oder Überschreiten des Höchstwerts unter diesem Rahmenvertrag nicht mehr zum Einzelabruf berechtigt und der Auftragnehmer weder zur Erfüllung künftiger Einzelaufträge verpflichtet, noch dazu berechtigt.
- (3) Reicht der Regelungsgehalt einzelner Vorschriften dieses Vertrages über die Vertragslaufzeit hinaus, bleiben diese Vorschriften auch nach Ende der Vertragslaufzeit wirksam. Das gilt insbesondere für die Rechte und Pflichten aus § 4 (Arbeitsergebnisse und Nutzungsrechte), § 9 (Leistungssicherungen), § 10 (Gewährleistung) und § 14 (Geheimhaltung) dieses Vertrages.

12 Kündigung

- (1) Der AG kann das Vertragsverhältnis jederzeit ohne Einhaltung einer Frist ordentlich gegenüber einem oder beiden AN kündigen.
- (2) Jede Partei kann das jeweils zugrundeliegende Vertragsverhältnis ferner jeweils aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Ein wichtiger Grund zur Kündigung liegt insbesondere vor, wenn
 - a) sich während der Vertragsdurchführung zeigt, dass der Auftragnehmer gegen die Pflicht zur Durchführung des Auftrages unter Ausschluss widerstreitender Interessen gem. § 1.1.1 Abs. 1 S. 2 dieses Vertrages verstößt, und dass ein Festhalten am Vertrag unter Abwägung der beiderseitigen Interessen nicht erlaubt,
 - b) der Auftragnehmer gegen die Pflicht zur Geheimhaltung verstößt,
 - c) der Auftragnehmer trotz schriftlicher Abmahnung und angemessener Fristsetzung seine wesentlichen Pflichten zur ordnungsgemäßen Erfüllung der in diesem Vertrag vereinbarten Leistungen nicht erfüllt,
 - d) wenn die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers beantragt oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird, oder Sicherungsmaßnahmen nach der Insolvenzordnung angeordnet werden,
 - e) während der Vertragsdauer Umstände bekannt werden, die berechtigten Zweifel an der Fachkunde, Leistungsfähigkeit oder Zuverlässigkeit des Auftragnehmers begründen und diese Zweifel vom Auftragnehmer nicht in angemessener Frist widerlegt werden,
 - f) der Auftragnehmer das von ihm für die Leistungserbringung benannte Personal nicht bzw. Personal mit einer geringeren Qualifikation als vorgesehen einsetzt, und dies die Leistungserbringung beeinträchtigt oder eine derartige Beeinträchtigung droht. Gleiches gilt, wenn das für die Leistungserbringung benannte Personal nicht mehr zur Verfügung steht (bspw. infolge von Kündigungen) oder für einen Zeitraum von 4 (vier) Wochen und mehr absehbar nicht zur Verfügung stehen wird (bspw. bei feststehender krankheitsbedingter Abwesenheit) und der Auftragnehmer jeweils keinen adäquaten Ersatz bereitstellen kann. Der Auftragnehmer trägt dahingehend die Beweislast, dass er über Ersatz verfügt und dieser Ersatz mindestens eine vergleichbare Qualifikation vorweist.

Im Übrigen findet § 314 BGB entsprechende Anwendung.

- (3) Jede Kündigung bedarf der Schriftform.
- (4) Übt der Auftraggeber das ordentliche Kündigungsrecht gegenüber dem AN hinsichtlich des Vertragsverhältnisses aus, ist er verpflichtet, nachweislich erbrachte Leistungen und nachgewiesene Aufwendungen zu vergüten.
- (5) Mit Beendigung des Vertragsverhältnisses, gleich aus welchem Grund, ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber sämtliche bis dahin erstellte Arbeitsergebnisse zu übergeben und dem Auftraggeber schriftlich die Einräumung der geschuldeten Nutzungsrechte an diesen Ergebnissen zu bestätigen. Er ist

zudem verpflichtet, die vom Auftraggeber empfangenen Informationen, soweit diese in schriftlicher oder sonst verkörperter Form vorliegen, unverzüglich zurückzugeben, ansonsten zu vernichten oder zu löschen. Der Auftragnehmer hat die Vernichtung und Löschung schriftlich zu bestätigen. Die Zurückbehaltung von Kopien ist unzulässig, sofern der Auftragnehmer nicht gesetzlich zur Aufbewahrung verpflichtet ist oder es sich um routinemäßig angefertigte Sicherungskopien des elektronischen Datenverkehrs und Datenbestandes handelt, die ausschließlich für diesen Zweck verwendet werden. Ein Zurückbehaltungsrecht für die vorstehend benannten Pflichten ist ausgeschlossen.

13 Abwerbeverbot

- (1) Dem Auftragnehmer ist es verboten, während sowie 12 Monate nach Beendigung dieses Vertrags Mitarbeitende des Auftraggebers direkt oder indirekt abzuwerben. Als Abwerbung gilt jede ernsthafte Einwirkung auf Mitarbeitende, die mit dem eindeutigen Ziel erfolgt, diese zum Arbeitgeberwechsel zu veranlassen.
- (2) Für jeden Fall einer schuldhaften Zuwiderhandlung gegen die Bestimmung in Abs. 1, die dazu führt, dass Mitarbeitende das Unternehmen des Auftraggebers verlassen, zahlt der Auftragnehmer eine Vertragsstrafe in Höhe von zwei Bruttojahresgehältern (einschließlich Prämien, Tantiemen) des betreffenden Mitarbeitenden, der unter Verstoß gegen die Verpflichtung gem. Abs. 1 vom Auftragnehmer abgeworben wird, wobei zur Berechnung der Vertragsstrafe das Bruttojahresgehalt des betreffenden Mitarbeitenden maßgeblich ist, das er im Jahr vor Verwirkung der Vertragsstrafe bezogen hat. Der Auftraggeber hat zusätzlich das Recht zur fristlosen Kündigung des Vertrages mit dem Auftragnehmer aus wichtigem Grund; das gilt auch für den Fall einer schuldhaften Zuwiderhandlung gegen die Bestimmung in Abs. 1, die erfolglos bleibt (Abwerbeversuch).
- (3) Der Auftragnehmer trägt die Darlegungs- und Beweislast dafür, dass die direkte oder indirekte Abwerbung des Mitarbeitenden nicht ursächlich für den Umstand war, dass der Mitarbeitende das Unternehmen des Auftraggebers verlassen hat.
- (4) Über die Vertragsstrafe hinausgehende Schadensersatzansprüche bleiben hiervon unberührt. Ansprüche des Auftraggebers auf Vertragsstrafe werden auf Schadensersatzansprüche des Auftraggebers wegen des Verstoßes gegen das Abwerbeverbot angerechnet.
- (5) Ansprüche des Auftraggebers auf Vertragsstrafe werden mit jeweils fälligen Vergütungsansprüchen des Auftragnehmers verrechnet. Sie sind vom Auftragnehmer in der von ihm jeweils nächsten Rechnung nach Anspruchsentstehung entsprechend zum Abzug zu bringen. Wird innerhalb von 3 (drei) Monaten nach Entstehen des Anspruchs auf Vertragsstrafe kein Anspruch des Auftragnehmers auf Zahlung von Vergütung fällig oder erreichen Ansprüche des Auftragnehmers auf Zahlung von Vergütung nicht die Höhe der Ansprüche des Auftraggebers auf Vertragsstrafe, so ist der Auftraggeber berechtigt, eine Auszahlung der Vertragsstrafe zu verlangen.

14 Allgemeine Bedingungen

- (1) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Vertragssprache ist deutsch.
- (2) Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Berlin. Davon unberührt wird die zur Erfüllung der unter diesem Vertrag genannten Aufgaben erforderliche persönliche Anwesenheit von Mitarbeitern des jeweiligen Auftragnehmers am Sitz des Auftraggebers fortlaufend einvernehmlich durch die Parteien festgelegt.

15 Sonstiges

- (1) Zur Ausübung von Zurückbehaltungsrechten sowie zur Aufrechnung ist der Auftragnehmer nur aufgrund bzw. mit Gegenforderungen berechtigt, die entweder rechtskräftig festgestellt oder von dem Auftraggeber als unstreitig anerkannt sind.
- (2) Dieser Vertrag stellt die abschließende Vereinbarung der Parteien über den Vertragsgegenstand dar. Etwaige abweichende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung.
- (3) Änderungen, Ergänzungen oder Konkretisierungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform und der Unterzeichnung von bevollmächtigten Vertretern beider Parteien. § 127 Abs. 2 BGB findet keine Anwendung. Mündliche Nebenabreden wurden von den Parteien nicht getroffen.
- (4) Soweit nicht ausdrücklich anderweitig bestimmt, ist eine Übertragung oder Abtretung des Vertrages oder von Rechten und/oder Pflichten aus dem Vertrag nur mit Zustimmung der jeweils anderen Partei zulässig. Einer Zustimmung bedarf es nicht, wenn die Abtretung oder Übertragung des Vertrages als Ganzes an
 - a) ein verbundenes Unternehmen der abtretenden oder übertragenden Partei erfolgt, oder
 - b) ein Unternehmen erfolgt, das alle wesentlichen Vermögenswerte der abtretenden oder übertragenden Partei übernimmt. Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, bei Vertragsverletzungen zunächst das eintretende Unternehmen in Anspruch zu nehmen.
- (5) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam, undurchführbar oder undurchsetzbar sein oder werden oder sollte dieser Vertrag eine Lücke aufweisen, so werden die übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Parteien sind verpflichtet, anstelle der betreffenden Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke diejenige wirksame Bestimmung zu vereinbaren, die dem wirtschaftlichen Zweck dieses Vertrages am nächsten kommt. Die Parteien haben sich so zu verhalten, dass der angestrebte Zweck erreicht und alles unternommen wird, was erforderlich ist, um die Teilnichtigkeit unverzüglich zu beheben bzw. die Lücke zu füllen.
- (6) Die Auftragnehmer sind ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers nicht berechtigt, diesen als Referenzkunden zu benennen.
- (7) Im Falle von Widersprüchen im Vertragswerk gelten die Bestandteile des Vertragswerks in folgender Reihenfolge:

- | | |
|---|--|
| 1 | dieser Vertrag |
| 2 | Leistungsbeschreibung (Anlage 1) |
| 3 | Angebot des Auftragnehmers (Anlage 2) |
| 4 | Auftragsverarbeitungsvertrag (Anlage 6) |
| 5 | Liste der Aufklärungsfragen des Auftraggebers mit Antworten des Auftragnehmers sowie Bieterfragen sämtlicher Bieter mit Antworten des Auftraggebers (Anlage 5) |
| 6 | Informationsblatt eRechnung (Anlage 4) |

16 Anlagen

Bestandteil dieses Vertrages werden folgende Anlagen:

Anlage	Titel	Datum
1	Leistungsbeschreibung inkl. Anhänge	
2	Angebot des Auftragnehmers	
4	Liste der Aufklärungsfragen des Auftraggebers mit Antworten des Auftragnehmers sowie Bieterfragen sämtlicher Bieter mit Antworten des Auftraggebers	
5	Informationsblatt eRechnung	
6	Auftragsverarbeitungsvertrag	